

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **28.03.2019**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Ehrung von Ratsmitgliedern**
- 3. Einwohnerfragestunde**
- 4. Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 vom 18.12.2018**
- 5. Änderung von Ausschussbesetzungen**
- 6. Benennung der Vertreter in der Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV)
Vorlage: 022/2019**
- 7. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 045/2019**
- 8. Erlass einer Haushaltssatzung 2019 sowie Festsetzung des Investitionsprogramms
Vorlagen: 046/2019, 052/2019 und 052/2019/1**
- 9. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Feststellungsbeschluss der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 031/2019**
- 10. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 - Hauptstraße/Dollstraße
Vorlage: 032/2019**
- 11. Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 - Ortskern Neustadtgödens**

Vorlage: 033/2019

- 12. Abwägung und Verabschiedung Lärmaktionsplan
Vorlage: 036/2019**
- 13. 6. Änderung der Satzung über die Gewährung von Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung an Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, die für die Gemeinde Sande tätig werden
Vorlage: 028/2019**
- 14. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle
Vorlage: 049/2019**
- 15. Teilnahme am Projekt "Stadtradeln 2019"
Vorlage: 062/2019**
- 16. Mentoring-Programm "Frau. Macht. Demokratie." (siehe Anlage)**
- 17. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Nichtöffentlicher Teil

- 18. Veräußerung von als Wegefläche vorgesehenem Gartenland im Bereich des Baugebietes Buchenweg
Vorlage: 019/2019/1**
- 19. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsherr Frank Behrens
Ratsfrau Isabel Bruns
Beigeordneter Frank David
Ratsherr Peter de Boer
Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Reinhard Oncken
Beigeordnete Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Annika Ramke
1. stellv. Bürgermeister Michael Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Franz Tellner
Ratsfrau Yvonne Tellner
Ratsherr Andreas Tieste
Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtmann Jens Santjer
Gemeindeamtsrätin Nadine Stamer

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der stellvertretende Ratsvorsitzende, 1. stellvertretender Bürgermeister Ramke, eröffnet die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Ehrung von Ratsmitgliedern

Bürgermeister Eiklenborg ehrte in seiner Funktion als stellvertretender Geschäftsführer des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Kreisverband Friesland, Ratsherrn Frank David für seine 15-jährige Ratstätigkeit und sprach ihm Dank und Anerkennung für die geleistete Ar-

beit aus.

3. **Einwohnerfragestunde**

- - -

4. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 vom 18.12.2018**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Änderung von Ausschussbesetzungen**

Die Gruppe Grüne/FDP gab für den Verwaltungsausschuss folgende geänderte Ausschussbesetzung bekannt:

Mitglied: Frank David

Vertretung: 1. Christian Fiedler
2. Kirstin Pöppelmeier

Beschluss:

Die geänderte Besetzung des Verwaltungsausschusses wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Benennung der Vertreter in der Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV)**

Vorlage: 022/2019

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde 1. stellv. Bürgermeister M. Ramke als Vertreter für den Aufsichtsrat vorgeschlagen. Als Vertreter wurde seitens der CDU-Fraktion Ratsherr de Boer vorgeschlagen.

Einstimmig wurde den Vorschlägen gefolgt, wobei die Wahl nach § 67 NKomVG durch Zuruf erfolgte, da nur jeweils ein Wahlvorschlag gemacht wurde und niemand widersprach.

7. **Änderung der Vergnügungssteuersatzung**
Vorlage: 045/2019

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte 1. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 07.03.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Erlass einer Haushaltssatzung 2019 sowie Festsetzung des Investitionsprogramms**
Vorlagen: 046/2019, 052/2019 und 052/2019/1

Bürgermeister Eiklenborg stellte einleitend die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes vor, der mit einem Überschuss von 400 € im Ergebnishaushalt und von 123.400 € im Finanzhaushalt abschließt. Bei den Einnahmen macht der Einkommenssteueranteil mit 4,35 Mio. Euro den größten Posten aus, gefolgt von den Gewerbesteuererträgen mit prognostizierten 2,5 Mio. Euro. Der Personalkostenaufwand ist stetig steigend, auch wegen der eingeplannten Tarifentwicklung von + 3,1 %, wobei der Anteil im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen leicht rückläufig ist. Auf der Ausgabenseite zeichnet sich ein weiterhin sinkender Zinsaufwand für Kredite ab, der zum einen dem Zinsniveau und zum anderen dem Abbau der Verschuldung geschuldet ist. Dieser Trend ist wünschenswert, aber nur fortsetzbar, wenn keine neuen Kredite aufgenommen werden. Im Finanzhaushalt sind für Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen rund 1,37 Mio. Euro vorgesehen, wovon ca. 1 Mio. Euro auf Baumaßnahmen entfallen, 100.000 € auf Grunderwerb und der Rest auf den Erwerb von beweglichem Sachanlagevermögen. Als wesentliche Baumaßnahmen wurden die Weiterentwicklung Altmarienhausen (80.000 €), Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Cäcilienroden (71.5000 €), Sanierung der WC-Anlagen im Rathaus (30.000 €), Regenrückhaltebecken im Gewerbegebiet (163.000 €), Sanierung Falkenweg (300.000 €), Kanalsanierung Schmutzwasser (250.000 €), Städtebaulicher Denkmalschutz (35.000 €), Herrichtung der Kriegsgräberstätte (10.000 €), Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses Cäcilienroden (110.000 €) sowie die Sanierung des Salzwiesenlehrpfades (15.000 €) genannt. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt mittels Zuschüssen, Beiträgen und Veräußerung von Sachvermögen, so dass auf eine Kreditaufnahme erfreulicherweise gänzlich verzichtet werden kann. Unter Berücksichtigung der geplanten Tilgungen beträgt der Schuldenstand ohne Ausnutzung der Kreditermächtigung 2018 zum Jahresende 13.938.000 € und mit Ausnutzung der Kreditermächtigung 2018 15.911.500 €. Das ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.565 € bzw. 1.787 €. Am Ende der Haushaltsrede stellte der Bürgermeister eine insgesamt positive Tendenz bei der Haushaltsentwicklung fest und wünschte sich für die Zukunft, dass dieser Trend aufrechterhalten werden kann.

Die SPD-Fraktion kritisierte eingangs der Haushaltsrede, dass seitens der anderen Ratsfraktionen kaum Vorschläge oder Einlassungen zum Planentwurf vorgetragen wurden. Die von der CDU-Fraktion geäußerte Kritik am hohen Kostenanteil der Bibliothek im Verhältnis zu den gesamten freiwilligen Leistungen konnte seitens der Fraktion nicht nachvollzogen werden und hervorgehoben, welche wichtige Rolle die Bibliothek im Bereich der Kultur- und Bildungsarbeit leistet. Zum kritisierten hohen Schuldenstand wurde auf die zurückliegenden kostenintensiven Baumaßnahmen wie die Bahnüberführung Deichstraße, das neue Feuerwehrhaus Sande, die Sanierung der Kläranlage, die Erweiterung der KiTa Cäciliengroden und die Schaffung einer neuen KiTa Neustadtgödens, die Rathaussanierung und die Erweiterung der Feuerwehr Neustadtgödens erinnert. Alle genannten Maßnahmen waren für das Gemeinwesen notwendig und teilweise unausweichlich und wurden zudem überwiegend von allen Fraktionen und Gruppen mitgetragen. Die im jetzigen Planentwurf enthaltenen Ansätze für Investitionen sind im Vergleich zu den letzten Jahren als eher gering anzusehen, aber dennoch können erste Abschnitte in der Straßen- und Kanalsanierung realisiert, das Dorfgemeinschaftshaus saniert und das Einsatzfahrzeug für die Ortswehr Sande angezahlt werden. Hervorgehoben wurde, dass für diese Investitionen keinerlei Kreditaufnahme notwendig wird und zudem noch ein Schuldenabbau von rund 600.000 € erfolgen kann. Dazu trägt auch der gewährte Kreiszuschuss für die Bahnnumfahung in Höhe von 580.000 € bei. Zu der von der Gruppe Grüne/FDP vorgeschlagenen Einnahmegenerierung durch eine Parkraumbewirtschaftung des P+R – Parkplatzes am Bahnhof vertrat die SPD-Fraktion die Auffassung, dass eine Entscheidung hierüber getroffen werden sollte, wenn die Betriebskosten über einen mittelfristigen Zeitraum von der Verwaltung erfasst wurden und bewertet werden kann, ob eine Kompensation des Mitteleinsatz erfolgen sollte und in welcher Form. Im weiteren Verlauf der Rede wurde auf die Bereiche Dorferneuerung, die genutzt werden sollte um Sande noch attraktiver gestalten zu können, und den KiTa-Bereich eingegangen, wo die Gemeinde gut aufgestellt ist, der die Gemeinde aber in den nächsten Jahren noch zunehmend beschäftigen wird. Insgesamt wurde ein positiver Blick in die Zukunft gerichtet und Zustimmung zum vorliegenden Haushalt signalisiert.

Der Gruppe Grüne/FDP fehlte der gestalterische Teil des Haushalts, der aus ihrer Sicht massive Risiken birgt und aktuell nur aufgrund einer neuen Gewerbesteuerschätzung ausgeglichen werden konnte. Da die Prognosen für die nächsten Jahre nicht gut sind, dürfen die Anstrengungen zugunsten einer Haushaltsverbesserung nicht zurückgefahren werden. Es wurde bedauert, dass die Möglichkeit der Einnahmebeschaffung mittels Parkraumbewirtschaftung am Bahnhof nicht ergriffen wurde und stattdessen Investitionen im Rahmen der Dorferneuerung eingeplant werden, die nicht benötigt werden. Zugunsten dieser Investitionen werden sinnvolle Maßnahmen wie die Erstellung eines Kanalkatasters und die Sanierung des Falkenwegs geschoben, was auf Unverständnis stieß. Die Gruppe wünschte sich mehr Möglichkeiten zum Agieren statt zum Reagieren und langfristige Planungen. Der Rat sollte sich Gedanken machen, wie Sande künftig aussehen soll, wozu das Projekt „Demografischer Wandel“ bereits einen ersten

Beitrag geleistet hat. Die Gruppe warb dafür, sich hiermit weiter auseinanderzusetzen und im Gespräch zu bleiben.

Die CDU-Fraktion zeigte sich erfreut über die prognostizierten erhöhten Gewerbesteuerereinnahmen und den Kreiszuschuss für die Bahnumfahrung Sande, womit insgesamt erreicht werden konnte, dass der Haushalt am Ende mit einem Überschuss von 400 € abschließt. Sorgen bereitet der Fraktion der hohe Schuldenstand und die damit einhergehende hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Ferner ist der Personalaufwand weiter gestiegen, obwohl die Kommunalaufsicht bereits im Jahr 2014 darauf gedrängt hat, die Personalaufwendungen in die Sparbemühungen einzubeziehen. Bedauert wurde, dass wegen anderer Investitionen für notwendige Straßensanierungen keine Mittel zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wurde auf die geplanten Dorferneuerungsmaßnahmen Bezug genommen und sich gegen eine Sanierung der Hauptstraße auf Kosten der Gemeinde ausgesprochen, da hierfür der Landkreis Friesland verantwortlich ist. Insgesamt wurde der vorliegende Haushaltsplanentwurf abgelehnt.

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2019 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2019 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen

9. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Feststellungsbeschluss der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes**
Vorlage: 031/2019

Beschluss:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Begründung mit Umweltbericht als Satzung.

Die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes ist dem Landkreis Friesland zur Genehmigung gemäß § 6 BauGB vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der vorhabenbezogenen 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 - Hauptstraße/Dollstraße**
Vorlage: 032/2019

Beschluss:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die vorhabenbezogene 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 mit der Begründung mit Umweltbericht als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Abwägung der Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 - Ortskern Neustadtgödens**
Vorlage: 033/2019

Beschluss:

Der Rat beschließt über die beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen.

Der Rat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 mit Begründung und Umweltbericht als Satzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. **Abwägung und Verabschiedung Lärmaktionsplan**
Vorlage: 036/2019

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt den vorliegenden Lärmaktionsplan der Gemeinde Sande gemäß § 47 d des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **6. Änderung der Satzung über die Gewährung von Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung an Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, die für die Gemeinde Sande tätig werden**
Vorlage: 028/2019

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Gewährung von Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die für die Gemeinde Sande ehrenamtlich tätig werden, zum 01.05.2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. **Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle**
Vorlage: 049/2019

Beschluss:

Die der Sitzungsvorlage beigefügte Zweckvereinbarung zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle in der Stadt Schortens, gemeinsam mit den Kommunen Jever, Wangerland und Wangerooge wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. **Teilnahme am Projekt "Stadtradeln 2019"**
Vorlage: 062/2019

Der stellvertretende Ratsvorsitzende stellte das Projekt und die bislang feststehenden Termin vor. Ein Ratsmitglied begrüßte die Teilnahme der Gemeinde Sande, nachdem diese im letzten Jahr noch abgelehnt wurde.

Beschluss:

Die Gemeinde Sande beteiligt sich aktiv am Projekt „Stadtradeln 2019“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. **Mentoring-Programm "Frau. Macht. Demokratie." (siehe Anlage)**

Bürgermeister Eiklenborg stellte das Mentoring-Programm inhaltlich vor und warb um Unterstützung, insbesondere vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Tendenz in der Gesellschaft, auf Demokratie verzichten zu

können.

17. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Ein Ratsmitglied bezog sich auf den aktuellen Fahrradunfall in der Hauptstraße und hinterfragte, ob es nicht Zeit wird, dass die Gemeinde bei den Radwegen aktiv wird. Hierzu verwies der Bürgermeister auf den Umstand, dass es entlang der Hauptstraße viele Straßeneinmündungen gibt, die Gefahrenpotentiale mit sich bringen. Die Verkehrsunfälle ereignen sich jedoch nicht aufgrund der Verkehrssituationen, die im Übrigen nicht anders darstellbar sind, sondern aufgrund der Unvorsichtigkeit der Verkehrsteilnehmer.
- b) Auf die Nachfrage nach dem aktuellen Stand der Anfrage der Gruppe Grüne/FDP zum Thema „Gottesdienste in Grundschulen“ informierte der Bürgermeister, dass die Schulen gemeinsam mit der Landes-schulbehörde und der Kirche erlasskonforme Regelungen getroffen haben.
- c) Der Bürgermeister führte auf Nachfrage aus, dass das Thema FairT-rade in Kürze behandelt wird.
- d) Ein Ratsmitglied hinterfragte die bestehende Vertretungsregelung für Mitglieder des Verwaltungsausschusses, wozu die Verwaltung auf die entsprechenden rechtlichen Grundlagen und Regelungen verwies.

Nach einer kurzen Unterbrechung von 5 Minuten wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.